Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 58. Sonnabend den 10. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 9. März. Se. Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl von Hessen und bei Rhein, nebst Höchstdessen Gemahlin Königliche Hoheit, sind nach Darmstadt, und Se. Excellenz der Erb-Ober-Land-Mundschenk im Herzogthum Schlesien, Graf Henkel von Donnersmarck, ist nach Dresden abgereist. — Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Camphausen ist von Köln, und der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, von Bonin, von Magdeburg hier angekommen.

Der zum Lehrer an die staats- und landwirthschaftliche Akademie in Eldena berufene Dr. Julius Münter hierselbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Greifswald ernannt; und dem Ober-Lehrer und Subrektor am Gymnasium zu Torgau, Rothmann, das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

A Z C Berlin, den 6. März. Wir haben bereits wiederholt der Vorbereitungen zum 18. März gedacht. Mehrere Stadttheile, namentlich die sogenannten demokratischen entwickelten besonders in den letzten Tagen eine außerordentliche rüstige Thätigkeit für die Verwirklichung der Revolutionsfeier. Es fehlte ihrem Vorhaben indeß bisher ein vereinigender Organisationsplan. Dieser ist so eben beschlossen und wird mit dem Beginn dieser Woche zur Ausführung kommen. Darnach sollen die Vorbereitungen zu der Feier bataillonsweise durch die ganze Stadt in Angriff genommen werde, in ähnlicher Weise wie die demokratischen Wahlen organisirt worden. Statt der früheren getrennten Comité's, welche sich gebildet und bereits mehrere Festprogramme entworfen hatten, wird eine Vereinigung aller zu einem Gesammtkomité erfolgen. Mit an der Spitze steht der bekannte Justizrath Pfeiffer, der in den heutigen Zeitungen bereits einen Aufruf zur Theilnahme erlassen hat. Auch die früheren fliegenden Corps sind ihrer Seits theils getrennt, theils vereinigt zusammen getreten. Endlich hat sich auch die Oppositionspartei der zweiten Kammer veranlaßt gesehen, ihr früheres Vorhaben, ein Revolutions-Denkmal durch Sammlungen in der ganzen Monarchie zu Stande zu bringen bis zum 18. März seiner Ausführung näher zu rücken. Die Sammlungen haben einzelne Oppositions-Deputirte zu leiten übernommen, und zwar Rodbertus für Pommern, Stein für Schlesien, Jacoby für Preußen, Schultz für Sachsen, d'Ester für die Rheinprovinz, Berends für Brandenburg. Wir erfahren von gleichen Vorbereitungen für die Revolutionsfeier aus Potsdam, Breslau, Königsberg.

— Die gestern gemeldete Arbeitseinstellung der Zimmerleute und Maurer findet Nachahmung. Auch viele Buchdruckergehülfen rüsten sich wieder, die Arbeit nieder zu legen. Als Grund wird auch hier der Umstand geltend gemacht, daß mehrere Buchdruckereibesitzer, die zwischen ihnen und den Gehülfen im vorigen Jahre stipulirten Bedingungen nicht mehr erfüllen wollten. Es finden zwischen diesen Arbeitern und den entlassenen Kattundruckern fleißige Berathungen statt. Der Plan, nach Charlottenburg zum Könige zu ziehen ist nicht aufgegeben. Man erblickt heute viele Patrouillen durch die Straßen ziehen und der friedliche Anblick den die Stadt in den letzten Wochen darbot, beginnt zu weichen. Der 18. März bekommt unter diesen Umständen für Viele eine nicht besorgnißlose Bedeutung.

— Unter dem Namen „Verein der Conservativen" hat sich hier seit Kurzem eine Gesellschaft gebildet, die es sich zur Aufgabe macht, hülfsbedürftige Einwohner zu unterstützen und denselben dabei im Wege der Belehrung Liebe für den König und das Vaterland einzuflößen.

— Man spricht von wichtigen organischen Gesetzen, welche die Kammern noch vor der Verfassungs-Revision berathen sollen und wozu ihnen die ministeriellen Vorlagen dieser Tage zugehen würden.

CC Berlin, den 7. März. Es bilden sich hier gegenwärtig unter einem Central-Comité konstitutionelle Bezirksvereine, deren Grundsätze im Allgemeinen sind: Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 5. Dez. 1848 vorbehaltlich der Revision und gegenseitige Unterstützung mit Rath und That. Hier sind bereits 10 solcher Vereine, einzelne mit über 500 Mitgliedern ins Leben getreten. Schon haben Provinzialvereine z. B. Potsdam, West- und Osthavelland sich angeschlossen und steht nach zuverläßigen Mittheilungen zu erwarten, daß diese Vereine, dem ursprünglichen Plane gemäß sehr bald ein unzerreißbares Netz über den ganzen Staat werden geworfen haben.

R Berlin, den 7. März. Die Aufhebung der Ritterakademie in Brandenburg a./H. ist jetzt endlich definitiv beschlossen und zwar schon zum 1. April. Es war eine eigene Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse niedergesetzt, sie hat mit den Kuratoren, mit dem Direktor und den Lehrern der Anstalt die Frage wegen des Fortbestehens von allen Seiten in Erwägung gezogen, ist aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß es in der gegenwärtigen Zeit, wo selbst die Kadettenhäuser der Umgestaltung nicht haben entgehen können, durchaus eine Unmöglichkeit sei, eine solche Ritterakademie noch länger zu halten.

Berlin, den 7. März. (D. R.) Die französische Regierung macht Ernst damit, ihr Land nicht zum Sammelplatz aller propagandistischen Abenteurer werden zu lassen. Mit dem 1. März sind alle Staats-Unterstützungen für Flüchtlinge eingestellt worden, und Jeder, der sich nicht selbst ernähren und darüber ausweisen kann, muß Frankreich verlassen. Hauptsächlich gegen die Polen und die Deutschen Freischärler ist die Maßregel gerichtet. Die Gensd'armen in Straßburg sind zu diesem Zwecke vermehrt worden. Schon sind eine Anzahl Polen, die nach Frankreich wollten, an der Grenze abgewiesen worden, die bei ihrer Rückkehr nach Heidelberg nicht die erwartete freundliche Aufnahme fanden. Solche Gäste hat man im Badischen in großer Anzahl zu erwarten.

— Eine unlängst erschienene und namentlich in militärischen Kreisen viel besprochene Schrift: „Bemerkungen zur deutschen Wehrverfassung", die nur als Manuskript gedruckt und verbreitet ist, hat, wie bestimmt versichert wird, den Prinzen von Preußen zum Verfasser.

— Man erinnert sich, daß Herr Grabow die ihm während seiner Führung des Präsidiums der National-Versammlung angebotene Amtswohnung und Remuneration damals entschieden ablehnte. Auf der rechten Seite der zweiten Kammer wird jetzt dessen ungeachtet ein solches Anerbieten vorbereitet. Herr Müllensiefen hat den Antrag eingebracht: die Regierung wegen Vorlagen über ein dem Präsidenten zu bewilligendes, angemessenes Gehalt zu ersuchen. Nach der Meinung des Antragstellers werde man auf diese Weise einen neutralen Boden gewinnen, auf dem sich Männer aller Fraktionen in traulichem Verkehr in der Behausung des Präsidenten begegnen und Mißstimmungen beseitigen könnten.

— Das mit noch immer andauerndem Beifall des Publikums in dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater aufgeführte Stück „Traum eines rothen Republikaners", hat auch die Allerhöchste Aufmerksamkeit erregt. Der König beabsichtigt, der Aufführung heute oder in diesen Tagen beizuwohnen. Der Besitzer der Bühne hat deshalb schleunigst die Einrichtung einer Hofloge bewerkstelligt.

— Der ehemalige Deputirte Schultz-Wanzleben hat wegen seines Versuches, den Steuerverweigerungs-Beschluß der National-Versammlung zur Ausführung zu bringen, vom hiesigen Untersuchungs-Richter des Kammergerichts eine Vorladung erhalten, welcher er Folge leisten will. Er wird heute hier erwartet. In ähnlicher Weise stand gestern der Instrumentenmacher Benary wegen einer Klub-Angelegenheit aus jener Zeit vor dem Untersuchungs-Richter.

— Gestern Abend hat sich hier eine dritte Südaustralische Auswanderungs-Gesellschaft konstituirt, indem sie ein Comité ernannte, welches in Hamburg die Vorbereitungen zu treffen hat. Diese Gesellschaft folgt in ihren Einrichtungen ganz den zwei vorangegangenen Kolonisationsvereinen — über welche wir berichteten — und wird der Zeit nach nur zwei Tage hinter ihnen zurückbleiben, denn sie beabsichtigt schon am 20. d. M. ihre Reise anzutreten. Die Befürchtung vor einer später eintretenden Dänischen Blokade beschleunigt diese wie manche andere Emigration. Die letzterwähnte Gesellschaft zählt bis jetzt 75 Köpfe, worunter 60 Berliner. Alle 3 Südaustralische Kolonisationsvereine haben es sich zur Aufgabe gemacht, dem vaterländischen Industriefleiß im Auslande Anerkennung zu verschaffen. Sie nehmen zu diesem Behuf Proben von deutschen Industrie-Erzeugnissen jeder Art mit. An jedem Dienstag und Freitag Abend versammelt sich das Südaustralische Auswanderungs-Comité Krausenstraße 34, um Belehrungen zu ertheilen und Anmeldungen anzunehmen.

CC Berlin, den 7. März. Die auf heute erwartete Parade wird erst morgen stattfinden. Dieselben werden die Garde-Regimenter dem Vernehmen nach zum letzten male in ihrer bisherigen Uniform mitmachen, da die Garden zu Scharfschützen-Regimentern umgebildet werden und zu diesem Zwecke eine schwarze Uniform ohne blanke Knöpfe, so wie auch Helmen ohne Messingbeschläge erhalten sollen. Eben so hört man, daß die Landwehr bei ihrem nächsten Zusammentreten den betreffenden Regimentern aggregirt werden soll.

— Die Behörden scheinen seit einigen Tagen wieder stärker an bevorstehende Putsche zu denken, wenigstens sind alle Maßregeln getroffen ihnen zu begegnen. Vielleicht hängt diese Besorgniß mit den Arbeiterbewegungen zusammen. Sollte es zu einem Konflikt kommen, so würde das Militair völlig rücksichtslos zu Werke gehen.

A.Z.C. Berlin, den 7. März. Folgendes Gerücht geht uns aus so bewährter Quelle zu, daß wir es bei seiner innern Bedeutsamkeit den Lesern nicht vorenthalten dürfen. Es heißt, die pommersche Landwehr werde demnächst nach Berlin berufen werden und würden die hiesigen Garden als Reichstruppen nach Mecklenburg-Schwerin marschiren. Es werde nämlich beabsichtigt, auch dort eine Verfassung zu octroyiren, für welchen Fall die Regierung sich aber nicht auf das sehr demokratisch gesinnte Heer verlassen zu können glaube. Es soll mit dieser Maßregel die bereits früher von uns gemeldete und später von anderer Seite bestätigte Marschordre zusammenhängen, welche den um Wittstock stationirten Truppen zu Theil geworden ist.

— Die Kammern hielten heute keine Sitzungen, sondern arbeiteten in den Abtheilungen. In denen der zweiten Kammer kam der gestern schon erwähnte Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes zur Berathung. Es haben sich, wie wir vermuthen, jedenfalls drei Abtheilungen dafür ausgesprochen, denn die Lesung des Antrags wird morgen in öffentlicher Sitzung erfolgen. Fernere wichtige Berathungsgegenstände waren: erstens, Antrag auf Erlaß einer Adresse an die Krone; zweitens ein Antrag der Abgeordneten Behnsch, Wollheim, Waldeck, Jacobi u. A. die Verfassung vom 5. Dezember nur als Grundlage für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu betrachten und mit letzterer unverzüglich vorzugehen; drittens Antrag des Abgeordneten Riedel u. A. die Rechtsbeständigkeit der octroyirten Verfassung anzuerkennen und sich lediglich auf die Revision derselben zu beschränken. Alle diese Anträge haben somit die Zustimmung der Abtheilungen erhalten, daß ihre Lesung in morgiger öffentlicher Sitzung erfolgen wird.

— Wir haben schon früher mitgetheilt, daß der Abgeordn. Grabow sich sehr thätig für die Bildung eines Centrums zeige. Es soll ihm bereits gelungen, sein gegen 50 Mitglieder zu vereinigen, und der Abgeordnete Kosch der linken Seite ziemlich deutlich zu verstehen gegeben haben, daß er möglicherweise zu diesem Centrum übertreten werde. Ein eigentliches Programm ist indeß noch nicht entworfen, überhaupt die ganze Sache noch sehr in der Entwickelung. Große Sensation hat aber in der Linken die Erklärung des Abg. Rodbertus gemacht, sich ihr entziehen zu wollen, wenn sie nicht alsbald ein bestimmtes Programm aufstelle, zumal, da die Linke, wie wir gestern berichteten, ausdrücklich erklärt hat, bei der jetzigen Sachlage von einem jeglichen Programm absehen zu müssen.

— Ein neues politisches Gerichtsdrama haben wir zum nächsten Sonnabend zu erwarten. Am 31. October-Abends, als die National-Versammlung, während sie die Wiener Frage berieth, von der Volksmenge eingeschlossen gehalten wurde, wollte man einen Herrn bemerkt haben, der zu Gewaltthätigkeiten aufreizte. Einige Demokraten argwöhnten, daß der Putsch, den der Unbekannte hervorrufen wollte, von der Reaction ausgebeutet werden sollte, und bewirkten die Verhaftung des Agitators. Es stellte sich heraus, daß dieser, ein Hr. Erdmann, Lehrer in einem aristokratischen Hause, sei. Die Untersuchung ist beendet und findet Sonnabend das öffentliche Schlußverfahren Statt.

— Der Untersuchungsrichter des Kammergerichts, Herr v. Bülow, hat den bekannten Abgeordneten für Erfurt, Herrn Krackrügge, vorgeladen, um sich zum Behuf der Voruntersuchung über seine Bestrebungen, den Steuerverweigerungsbeschluß der National-Versammlung in Ausführung zu bringen, vernehmen zu lassen. In dem Vorladungsschreiben heißt es, daß im Falle des Nichterscheinens ein zweiter Termin unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel anberaumt werden müsse. Herr Krackrügge hat sein Erscheinen schriftlich verweigert, indem weder die National-Versammlung, die er nicht für aufgelöst erachte, noch die jetzige Kammer ihre Zustimmung zu seiner Verfolgung gegeben habe.

Berlin, den 8. März. Gestern gab der Minister v. Manteuffel eine große Abendgesellschaft, zu welcher die Abgeordneten beider Kammern, das diplomatische Corps 2c. geladen waren. In den nächsten Tagen findet bei dem Grafen Brandenburg eine Soirée statt und auch die übrigen Minister werden ihre Salons öffnen.

— Unsere Kammern hatten gestern keine Sitzungen. Die Abgeordneten waren in den Commissionen mit Berathung einer Reihe von Anträgen beschäftigt. Herr v. Manteuffel hat in der Abtheilung erklärt, daß der Kammer die Vorlagen über den Ausnahmezustand der Residenz unverzüglich gemacht werden sollen. Herr v. Manteuffel hat sich bereits das Wort vom Präsidenten erbeten. Wie man vermuthet, werden gleichzeitig die so lange erwarteten Gesetz-Entwürfe über Preßfreiheit und Associationsrecht eingebracht werden. Die von dem Handelsminister v. d. Heydt der Correspondenz der Abgeordneten nur bedingt bewilligte Portofreiheit hat bei den Kammer-Mitgliedern vielfach Mißstimmung hervorgerufen. Nur Sendungen bis zu einem Gewicht von 2 Loth sollen sich der Portofreiheit erfreuen dürfen. Verschiedene Anträge bezwecken eine Erörterung dieser Grenzen. Bauer (Stolp) und Großjohann wollen unbeschränkte Portofreiheit. Phillips und Graf Görtz-Wrisberg beantragen eine Einrichtung, welche die Anschaffung der stenographischen Kammerberichte weniger kostspielig und von dem Abonnement auf den Staats-Anzeiger unabhängig machen. Der erstere will, daß jedem Abgeordneten bis zu 50 Exemplare überlassen werden sollen. Die Verhaftung des in die zweite Kammer gewählten Justizkommissar Groneweg in Münster, die deshalb erfolgt ist, weil Gr. an einem Gemeindecongresse, der eine Zustimmungsadresse an die Nat.-Vers. bezweckte, Theil genommen hat, wird binnen Kurzem gleichfalls zur Erörterung kommen. Hr. Schneider (Abg. für Köln) hat auf sofortige Einberufung des noch in Haft befindlichen Abgeordneten angetragen, und eine Anzahl Mitglieder der Opposition sind dem Antrage beigetreten.

— Herrn Grabow soll es bereits gelungen sein, gegen 50 Mitglieder zur Bildung eines Centrums zu vereinigen und der Abgeordnete Kosch der linken Seite ziemlich deutlich zu verstehen gege-

ben haben, daß er möglicherweise zu diesem Centrum übertreten werde. Ein eigentliches Programm ist indeß noch nicht entworfen, überhaupt die ganze Sache noch sehr in der Entwickelung. Große Sensation hat aber in der Linken die Erklärung des Abgeordneten Rodbertus gemacht, sich ihr entziehen zu wollen, wenn sie nicht alsbald ein bestimmtes Programm aufstelle, zumal da die Linke ausdrücklich erklärt hat, bei der jetzigen Sachlage von einem jeglichen Programm absehen zu müssen.

— Von den Mitgliedern der ersten Kammer ist vorgestern in ihrer Privatversammlung, im Saale von Mielenz beschlossen, der zweiten Kammer einen Vorschlag zu machen, der, wenn er sich realisiren läßt, zu mancher schönen Hoffnung berechtigt. Die Mitglieder beider Kammern, ohne Unterschied der Parteien, sollen sich an einem Abend der Woche — Donnerstags — zu rein geselligem Zweck vereinigen. Ein solches neutrales Gebiet, wo der Mensch dem Menschen begegnet und feine Sitte den Ton angiebt, ist dringend nothwendig.

Halle, den 4. März. Der Prediger der hiesigen freien vereinigten christlichen Gemeinde, **Giese**, ist am 28. Februar in dem Gefängnisse des hiesigen Criminalgerichts zur Haft gebracht worden. Der Criminalgerichtssenat des Oberlandesgerichts zu Naumburg hat ihn wegen seines „Sturmliedes" zu $2\frac{1}{2}$ Jahr Festungsstrafe verurtheilt.

Glückstadt, den 3. März. Das hier erbaute Kanonenboot ist am heutigen Tage vom Stapel gelaufen. Eine Probefahrt längs des Hafens rechtfertigte das Urtheil, daß das Schiff sich durch seine Schnelligkeit auszeichnet. Die Reichs-Marinecommission war beim Ablaufen des Schiffes gegenwärtig.

Kiel, den 4. März. Die vereinzelten Stimmen, welche sich hier für eine Schleswig-Holsteinsche Republik ausgesprochen haben, finden im Lande wenig Anklang. Man wünscht vor Allem einen innigen Anschluß an Deutschland, unter einem volksthümlichen Herrscher.

— Die Mannheimer Abendzeitung bringt folgende **Erklärung**: Sogenannte Emissaire von mir haben an vielen Orten verkündet, ich wolle mit meiner Colonne in Baden einfallen; diese Emissaire sind bezahlte Polizeispione. Ich ersuche Jeden, sich solcher Leute zu bemächtigen, um sie zu entlarven; die Reaktion ist es, welche in der letzten Zeit durch dergleichen Mittel Unsicherheit, Verstimmung und Mißtrauen gegen die Führer in die Reihen der für die Humanität und Civilisation streitenden Männer zu bringen suchte. Um allen Gerüchten über mich und meine Colonne ein Ende zu machen, theile ich hier mit, daß die jungen Männer, welche sich meiner Führung unterzogen hatten, sich bis zum 1. März nach ihren verschiedenen Geschäften zerstreut haben werden. Ich selbst warte mit Sehnsucht auf den Augenblick, wo ich nach Deutschland zurückkehren kann, um dort in Uebereinstimmung mit meinen Mitbürgern in ihren Reihen an dem großen Werke der Freiheit zu arbeiten. Besançon, im Februar 1849. (Gez.) August **Willich**.

Stuttgart, den 2. März. In der vorgestrigen Sitzung der Standesherren kamen mehrere sehr interessante Interpellationen des Grafen v. **Schäsberg** zur Verhandlung. Wir heben nur eine hervor: „Wie die Berichte der Behörden über die socialen Zustände des Landes lauteten?" worauf der Staatsrath **Römer** erwiderte, daß keine gegründete Befürchtung für einen republikanischen Aufstand vorhanden sei.

Von der Bairischen Grenze, den 4. März. Im **Spessart** und im **Odenwald** zeigt sich eine bedenkliche Aufregung unter den Bauern wegen Nicht-Verkündigung der Grundrechte. In Orb bei Aschaffenburg sind Unruhen ausgebrochen.

Aschaffenburg, den 4. März. In Folge von Ruhestörungen in **Orb** geht heute eine Abtheilung Infanterie, von Artillerie begleitet, dahin ab. Die deutsche Zeitung theilt Näheres über den Aufstand mit. Die Unruhstifter beabsichtigten, die Salinen zu plündern, und zu dem Ende vorher die Kaserne in Brand zu stecken. Die im Ort stationirten Soldaten vertheidigten sich tapfer, mußten aber, da ihrer nur 40 waren, der Aufständigen aber gegen 800, darunter viele Bauern aus dem Kurhessischen, der Uebermacht weichen. Dem Vernehmen nach, haben die Truppen 3 Mann verloren, von den Aufständigen sollen 15 erschossen sein.

Frankfurt a. M., 5. März. **178ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung.** Vorsitzender Präsident **Ed. Simson**.

Ausgetreten aus der National-Versammlung ist Herr Schlörr aus der Oberpfalz. Der Präsident zeigt heute den Eingang fernerer auf das Verfassungswerk bezüglicher Regierungs-Erklärungen an: von Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Altenburg, Bremen und Braunschweig. (Dieselben lauten dahin, daß nur, wenn ein erbliches monarchisches Oberhaupt an die Spitze der künftigen Reichsregierung trete, der Zweck des angestrebten Bundesstaates sich werde erreichen lassen.)

An der Wahl zum Präsidenten der National-Versammlung haben sich 368 Mitglieder betheiligt. Da auf Herrn Ed. **Simson** 271 Stimmen gefallen sind, so verkündigt der Vice-Präsident, Herr Beseler, unter dem lebhaften Beifalle des Hauses, die Wiedererwählung Herrn Simson's für die Zeit der nächsten vier Wochen. 65 Stimmen sind auf Herrn Schüler von Jena, 16 auf Herrn Kirchgeßner, 9 auf Herrn Edel gekommen. Die übrigen vereinzelt. Mit folgenden Worten übernimmt Herr Simson das ihm abermals übertragene Amt: Sie werden nicht müde, meine Herren, mir durch wiederholte Wahlen immer neue Beweise Ihres wohlwollenden Vertrauens zu geben. Ich an meinem Theile werde nicht ermüden in der ernsten unbefangenen Handhabung des ehrenvollen Amtes. Uns Alle drängt und erfüllt in diesen Anstrengungen das klare Bewußtsein von der Reinheit, von der Erhabenheit des Zieles, dem wir zustehen. Die Ueberzeugung, daß wir von der Erreichug desselben in keinem Falle mehr weit entfernt sein können, wird uns auch die letzten Wochen überwinden lassen, und wenn sie die schwersten sein sollten. Denn diesen hohen Zwecken wird schließlich doch jede Gewalt förderlich und dienstbar werden müssen, die neben der unsrigen, wo auch immer, auf Deutschen Boden waltet. (Allgemeines Bravo.) Auch jeder Anstoß von außen wird sich ihr hilfreich erweisen (im Centrum mehrere Stimmen: Sehr gut!); denn, meine Herren, das Recht, die Grenze zu bestimmen, über welche hinaus es diesem obersten Rath der Nation nicht zustände, das Werk ihrer Einigung zu führen, steht in keiner irdischen Gewalt. Es steht lediglich jener hohen Hand zu, welche die Geschichte der Völker und das menschliche Geschlecht nach einem Plane leitet, den selbst die Einsichtsvollsten in seinen Umrissen kaum zu erkennen vermögen. In dieser Hand liegt der Ausgang auch unserer Arbeiten. Wir gehen diesem Ausgang mit getroster Zuversicht entgegen; wir wissen, der Ausgang wird die Wahrhaftigen loben. (Allgemeine Beistimmung.)

An der Wahl des ersten Vice-Präsidenten betheiligten sich 365 Mitglieder, von denen sich 226 für Herrn **Wilhelm Beseler** aus Schleswig erklären — Herr Kirchgeßner erhält 100, Herr Edel 28, Herr Schüler 12, die Herren Reh und Schneer je eine Stimme. An seinen Dank knüpft Herr Beseler den Wunsch und die Hoffnung, daß der Präsident „in seiner ruhmvollen Leitung der Geschäfte" auch während der nächsten vier Wochen niemals verhindert sein möge.

Zum zweiten Vice-Präsidenten wird von 351 Stimmen mit 329 Herr **Kirchgeßner** aus Würzburg ernannt.

Hiernach besteigt die Tribüne der Präsid. des Reichsministeriums v. **Gagern**, um dem Hause die Dänischer Seits, und zwar in einer den Verhältnissen nicht entsprechenden, unförmlichen Weise erfolgte Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes mitzutheilen. Diese Kündigung sei zu einem Zeitpunkte geschehen, da eben die vermittelnde Macht England die Eröffnung der Friedensunterhandlungen eingeleitet und zu dem Ende wie gegen den diesseitigen Gesandten, so zweifelsohne auch gegen Dänemark den ernsten Wunsch ausgedrückt habe, daß zunächst auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes hingewirkt werde, als welche einer jeden nützlichen Unterhandlung nothwendig vorausgehen müsse*). Seitens des Reichsministeriums sei das Erforderliche eingeleitet, daß Deutschland für jeden Fall gerüstet sei. Die Schuld und Verantwortlichkeit einer möglichen Erneuerung des Krieges falle lediglich auf Dänemark. Sollte dasselbe aber geglaubt haben, aus der anscheinend gestörten Eintracht der Deutschen Staaten Vortheile ziehen zu können, so werde das angegriffene Deutschland zeigen, daß es seine Entwickelungskämpfe zu begrenzen wisse; mit Ernst werde es bedacht sein, daß das Verfassungswerk zum Ende gelange, die Glieder sich schließen. (Anhaltender Beifall.)

Damit ist zugleich die Wesendonck'sche Interpellation beantwortet. In Bezug auf die Interpellation des Herrn Vischer von Tübingen erklärt Herr v. Gagern, daß er sich hinsichtlich des Einmarsches der Russischen Truppen in Siebenbürgen an den Oesterreichischen Bevollmächtigten gewendet und um Auskunft gebeten habe.

Riesser bemerkt den Dänischen Angelegenheiten gegenüber, daß das gesammte Deutschland einig zu seiner Regierung stehen werde, um ihr zur kräftigen Führung des Krieges alle erforderlichen Mittel zu gewähren (stürmisches Bravo!), und wenn hinter der nächsten, gering erscheinenden Dänischen Gefahr eine größere stehe, wenn die junge Freiheit des Vaterlandes der Feuerprobe eines Kampfes mit einem anderen mächtigen Feinde unterworfen werde, so werde über dem Werke der Verfassung beschleunigend und versöhnend der Gedanke der Gefahr des Vaterlandes schweben. (Beifall.)

Im Namen der linken Seite des Hauses bestätigt Venedey die Worte Riesser's, indem er das Bewußtsein ausspricht, Deutschland sei stark genug und entschlossen, um zugleich den Feind abzuwehren und den Tempel seiner Einheit zu bauen.

Fehrenbach aus Säckingen beantragt Niederlegung der auf die Verlegung von Reichstruppen in das Großherzogthum Baden bezüglichen Akten auf den Tisch des Hauses und stellt bei der Begründung seines Antrages durch eine weitläufige Rede und Vorlesung von allerlei Schriftstücken zum Beweise der von ihm behaupteten Aufregung der Badischen Bevölkerung gegen die sich übel betragenden Reichstruppen — das Haus auf eine sehr harte Probe.

Eine stärkere Truppen-Aufstellung in Baden werde unter allen Umständen auch aus strategischen Gründen unerläßlich sein, wobei der Redner auf die zahlreichen Besatzungen der Franzosen im Elsaß aufmerksam macht. von Gagern empfiehlt mithin über Fehrenbach's Antrag den Uebergang zur Tagesordnung. Bei der Abstimmung pflichtet das Haus der Meinung des Reichs-Minister-Präsidenten mit großer Mehrheit bei.

Eben so erledigten sich sodann und ohne Diskussion durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung die Nummern 2 bis 4.

In Bezug auf die am 26. Oktbr. v. J. im Badischen Bezirk Thiengen erfolgte Wiederwahl **Fr. Hecker's** erklärt sich nach kurzer Debatte und trotz des Einspruches von L. **Simon**, der nur den Wählern des betreffenden Bezirkes das Recht zugestehen will, über die Würdigkeit ihres Abgeordneten zu urtheilen, die Abstimmung für den Antrag des Ausschusses, wonach es bei dem Beschluße vom 10. August sein Bewenden hat und die Mittheilung der Badischen Regierung einfach zu den Akten genommen wird.

Die Verhandlung über Nr. 6. der Tagesordnung endet damit, daß der Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung über die verschiedenen Eingaben, die auf **sofortige** Bearbeitung allgemeiner Deutscher Gesetzbücher gerichtet sind, angenommen wird.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 8. März statt. Tagesordnung: Zweite Lesung des rückständigen Theiles der Grundrechte.

Fröbel greift das Ministerium Beck wegen der gegen seine Person gerichteten entweder „**leichtsinnigen**" oder „**böswilligen**" **Verleumdungen** an. **Bassermann** weist alle diese Aeziehungen als nicht anwendbar zurück, und seiner Vertheidigung des Ministeriums und des persönlichen Charakters des Mitisters Beck schließt sich auch v. Gagern nachdrücklich an.

Frankfurt, den 5. März. Es bestätigt sich vollkommen, daß die Oesterreichische Regierung von der Dänischen sich hat einige Flottenoffiziere abtreten lassen.

Frankfurt a. M., den 6. März. Das Reichsministerium hat Nachrichten von Wichtigkeit aus Frankreich erhalten. Der ganze Plan zum neuen republikanischen Aufstande ist enthüllt, die Namen von 80 sehr gravirten Personen sind bekannt, und dem Verbrechen, welches schon in den nächsten Tagen mit einem umfassenden Meuchelmord beginnen sollte, kann jetzt energisch entgegengewirkt werden. Gestern Abend wurde hier schon die Anordnung der äußersten Vorsichtsmaßregeln bemerkt; weitere Verfügungen sind noch heute erlassen worden. Zum Glück bessert sich auch der Zustand des Reichskriegsministers v. **Peucker**, dessen Thätigkeit jedoch durch körperliche Leiden keinen Augenblick gehemmt wurde. (D. R.)

— Höchst auffallend wird es gefunden, daß in dem Augenblicke, wo die Deutsche Centralgewalt durch einen Oesterreichischen Admiral die zum Kriege gegen Dänemark vorbereiteten Seerüstungen inspiziren läßt, Oesterreich an Dänemark das Ersuchen richtet, **Dänische Seeoffiziere für die Oesterreichische Flotte zu überlassen**. Bekanntlich hat die Oesterreichische Regierung ihre Matrikularbeiträge zur Deutschen Flotte unter dem Vorgeben verweigert: es werde vorkommenden Falls Bundeshülfe mit seinen Schiffen leisten. Es wäre doch recht passend, wenn in einem Kriege Deutschlands mit Dänemark **Oesterreichische Schiffe unter dem Kommando Dänischer Offiziere** gegen den Reichsfeind operiren sollten!

— Die „Deutsche Zeitung" meldet: es ist eine neue Erklärung aus Olmütz angekommen. Dem Vernehmen nach wird Deutschland dadurch eine böse Sieben zugedacht. Die „Frankfurter Zeitung", der die Oesterreichischen Noten immer eher zugehen als dem amtlichen Organ des Reichsministeriums, sagt auch diesmal:

„Wir sind in den Stand gesetzt, den wahren Freunden der Einheit und Größe Deutschlands aus **verläßlicher** Quelle die freudige Mittheilung zu machen, daß Herr v. **Schmerling** von seiner Regierung angewiesen wurde, wegen Konstituirung der exekutiven Reichsgewalt in der **Oberhauptsfrage** also in Verhandlung zu treten:

Die Oesterreichische Regierung geht von der Ansicht aus, daß es rücksichtlich des Auslandes im hohen Grade wünschenswerth ist, wenn die Form, unter welcher die **Einheit Deutschlands** diesem gegenüber repräsentirt werden soll, sobald als möglich festgestellt wird, damit das **Reich** in dem Europäischen Staatensysteme den ihm grundsätzlich gebührenden Platz auch faktisch einzunehmen in der Lage sei.

Nach der in der Note vom 4. Febr. **negativ** ausgesprochenen Ansicht über die Nichtunterordnung des Kaisers von Oesterreich unter einen anderen Deutschen Fürsten werden **positive** Anhaltspunkte mitgetheilt.

In dieser Beziehung spricht sich die Oesterreichische Regierung für die Form eines **Direktoriums** aus, wobei sie, in Kürze angedeutet, von nachfolgenden Hauptgrundsätzen ausgeht:

1) Es soll dieses Direktorium aus den Bevollmächtigten Deutscher Regierungen, wo möglich aus Mitgliedern **regierender** Häuser, **sieben** an der Zahl bestehen, im Ganzen **neun** Stimmen bildend. 2) Hierbei hätten Oesterreich und Preußen, jedes **zwei** Stimmen und Bayern **eine** bei der Centralbehörde, die den andern Deutschen Regierungen aber in dem Direktorium zuzuweisenden **vier** Stimmen wären nach gewissen Kreisen und unter Berücksichtigung der relativen Wichtigkeit der Staaten bei der Vertretung im Kreise auszumitteln. 3) Hätten die Mitglieder des Direktoriums zwar ihr Amt als Delegirte ihrer Fürsten zu üben, ohne aber an spezielle Instruktionen gebunden zu sein. Die Stimmenmehrheit ist für jede einzelne Entscheidung maßgebend.

Auf Grundlage dieser im Allgemeinen aufgeführten Sätze wird Herr v. Schmerling ermächtigt, mit den Bevollmächtigten jener Regierungen in Verhandlung zu treten, welche analog vorzugehen wünschen, um einen Entwurf abzufassen, der alsdann, nach dem ausgesprochenen Wunsche der Oesterreichischen Regierung, der Nationalversammlung als Projekt vorgelegt werden wird. Wir können versichern, daß die Thätigkeit des k. k. Oesterreichischen Bevollmächtigten in dieser Beziehung bereits reichen Lohn gefunden hat und die Verständigung mit den meisten der andern Herren Bevollmächtigten vor sich geht. Wir hoffen, daß nach Vollendung des Entwurfes das Werk der Vereinbarung mit der Nationalversammlung eben so rasch und erfreulich einem Ziel entgegengeführt werden wird."

Wien, den 5. März. Das heute erschienene 27ste Armee-Bülletin berichtet: Nunmehr ist die Division des Feldmarschall-Lieutenant **Simunich** an dem **linken Donauufer** eingetroffen. Die hierzu gehörige Brigade **Veigl** steht auf dem linken Ufer der **Waag**. Die Brigade **Sossay**, schon seit mehreren Tagen in N. Tany eingetroffen, hält die **Insel Schütt** besetzt, und man ist beschäftigt, bei **Gönyö** eine Schiffbrücke zu schlagen, um so die **Verbindung beider Donauufer** für das Cernirungs-Corps herzustellen, und da auch der Belagerungs-Train von Leopoldstadt bei Comorn eingetroffen ist, so wird die **Beschießung der Festung** nächster Tage beginnen. Offizielle Nachrichten vom 3. März aus **Krakau** sagen, daß 600 Mann Kosacken die Russische Grenze auf dem eigenen Gebiete von Michalowice bis an die Weichsel, und von dort bis an die Bilica besetzt halten. Krakau, welches nach andern Nachrichten bombardirt und sogar von den Russen besetzt sein sollte, war ruhig, obwohl zahlreiche Emissaire und Waffen-Schmuggler bemüht waren, diese Ruhe zu stören. Feldmarschall-Lieutenant **Legedicz** war dort vollkommen in Verfassung, jeder Eventualität zu begegnen.

— Die Vorsteher der Pesther Judengemeinde sind, ihren Rabbiner Schwab an der Spitze, dem Fürsten **Windischgrätz** ins Hauptquartier gefolgt, um Nachlaß der ihnen im Baaren auferlegten Leistung von 110,000 Fl. für Toleranzsteuerrückstände, dann der den Gemeinden zur Last fallenden solidarischen Verbindlichkeit bei hochverrätherischen Vergehungen Einzelner zu erbitten. Sie wurden nicht nur mit ihrem Begehren **abgewiesen**, sondern auch wegen angeb-

*) Der diesseitige Gesandte habe auch seine Zustimmung sofort erklärt, Dänemark dagegen durch jene Kündigung geantwortet.

licher Hinneigung der Juden zu den Rebellen sehr hart angelassen, wobei auch der Oesterr. Deputirten Fischhof und Goldmark mißbilligend und in sehr heftigen Ausdrücken gedacht worden sein soll.

Kremsier, den 3. März. Der Oesterreichische Verfassungs-Entwurf, wie ihn der Konstitutions-Ausschuß vorgelegt hat, enthält unter andern folgende wichtige Bestimmungen: Der Reichstag besteht aus einer Volkskammer von 360 und einer Länderkammer von 115 Mitgliedern. In letztere entsendet jeder Provinzial-Landtag 6 Abgeordnete, jeder Kreis (eine neue Eintheilung der Provinzen in größere Kreise als die bisherigen wird vorausgesetzt) einen Abgeordneten. Die Wahlen sind direkt. Zum aktiven Wahlrecht ist ein Minimal-Zensus an direkter Steuer oder eine gewisse Hausmiethe erforderlich. Die Wählbarkeit ist frei. Das Budget wird blos in der Volkskammer votirt. Der Monarch hat ein Suspensivveto. Nach verweigerter Sanktion eines Beschlusses sollen die Kammern aufgelöst werden; nehmen die neu versammelten Kammern den Beschluß abermals an, so habe er Gesetzeskraft. Sollte, wie mannigfach gewünscht und vermuthet wird, die Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen vorgeschlagen werden, so dürfte insbesondere der Punkt des Veto zahlreiche Bedenken erzeugen.

Prag, den 2. März. Wir hatten dieser Tage hier zwei Gäste, die Beide ein wunderliches Schicksal erlitten haben. Der eine ist der Herr Häfner, der ehemalige Redacteur der „Constitution" in Wien der durch vier Monate theils auf dem Spielberge in Brünn, in demselben Gefängniß, in dem einst Silvio Pellico lebte, dann in der Festung Josephstadt im strengsten Gewahrsam gehalten wurde, ohne auch nur ein einziges Verhör gehabt zu haben. Als er sich nun in einer dringenden Eingabe an das Kriegsministerium wegen besserer Behandlung und endlicher Vornahme eines Verhörs wendete, wurde er plötzlich gänzlich freigelassen. Der zweite war der bekannte Polnische Schriftsteller Kaminski, der über 30 Jahre alt, Doctor der Rechte und verheirathet ist, und in einem fremden Werbbezirke assentirt, als gemeiner Soldat nach der Festung Theresienstadt wandern muß, woselbst er vorläufig bleibt. Weder die energischen Verwendungen Smolka's noch die Interpellation zu seinen Gunsten am Reichstage konnten ihm etwas nützen, doch hofft man, daß er in Galizien zum Reichstagsdeputirten gewählt werde. — Moritz Hartmann ist in dem Amtsblatte der offiziellen Prager Zeitung als Rekrutirungsflüchtling ausgeschrieben.

Ausland.

Frankreich.

Das Univers bringt einen Hirtenbrief des Papstes Pius IX. an die Erzbischöfe von Pisa, Florenz und Siena, worin er sie auffordert, gegen die Confiscation der geistlichen Güter zu protestiren. Ferner enthält das Univers folgende Nachrichten aus Gaeta vom 24. Februar: „Die Gesundheit des Papstes ist stets vortrefflich. Vorgestern traf der Großherzog von Toscana mit seiner ganzen Familie am Bord eines englischen Dampfschiffes hier ein. Er begab sich sogleich zum Papste. Eine halbe Stunde später kehrte er zum Molo di Gaeta zurück. Das diplomatische Corps begleitete ihn bis hierher, hat aber sogleich wieder seinen Rückweg nach Livorno angetreten, mit Ausnahme des päpstlichen Nuntius, der in Gaeta geblieben ist."

— Neue Gerüchte einer Intervention Frankreichs in die Römischen Staaten sind seit gestern hier verbreitet. Man behauptet, daß eine neue Note des Papstes eingegangen sei, worin dieser erklärt, daß die gegenwärtige Lage nicht länger geduldet werden könnte, und er entschlossen wäre, sich in ein Kloster zurückzuziehen, falls die Großmächte nicht sein Ansehn in Rom wieder herstellten. Dieselbe Note soll auch nach Neapel, Wien und Madrid gesandt worden sein. Auf jene Mittheilung hin soll das hiesige Cabinet mit 5 gegen 3 Stimmen die unmittelbare Intervention beschlossen haben. Ursprünglich wollte das Ministerium die Sache in die Länge ziehen und erst nach dem Zusammentritt der neuen Kammer Maßregeln vorschlagen. Jetzt fürchtete es aber, von Oesterreich überflügelt zu werden. In Toulon und Marseille sollen Truppen gesammelt und auf den ersten Wink bereit sein. Auch nach Civita Vecchia würde ein Geschwader gesandt.

Italien.

Rom, den 23. Febr. Der Minister des Aeußern hat am 21. Februar ein Rundschreiben an das ganze diplomatische Corps erlassen, welches einen entschiedenen Protest dagegen enthält, daß die Oesterreicher in Ferrara einrückten, das päpstliche Wappen wieder aufrichteten, und „als Grund dieser neuen Beleidigung durch die Kaiserlichen Heere das Recht anführten, welches das Volk hatte, sich als Republik zu konstituiren."

Rom, den 24. Febr. — Da dem Papst durch das Grundgesetz der römischen Republik die freie Uebung seiner geistlichen Autorität zugesichert ist, so wird die provisorische Regierung für alles Das sorgen, was zum passenden Dienst hierfür nöthig ist. Alle geistlichen Güter des römischen Staates sind für Eigenthum der Republik erklärt: die römische Republik wird die Diener des Cultus gebührend besolden. Die römische Nationalversammlung erklärt, daß die ganze Republik solidarisch für alle die Schäden einsteht, welche das edle Ferrara oder sonst eine andere römische Gegend „durch die Invasion des österreichischen Unterdrückers des gemeinsamen Vaterlandes" erleiden könnte. — Nach Pellegrinis Plan soll hier eine Bank errichtet werden, um durch diese die Kosten des italienischen Freiheitskrieges aufzubringen. Die republikanische Regierung hat die Inquisition aufgehoben und unter den Kirchengütern auch die vatikanische Bibliothek für Staatseigenthum erklärt. — Das am 20 in Ancona eingetroffene sardinische Dampfboot „Tripoli" setzte 340 Kanoniere aus Land. — Graf Cajetan Mastai, vierter Bruder des Papstes, ist auf seiner Flucht von Ancona bei Fossembrone angehalten und nach Macerata gebracht worden.

Neapel, den 18. Februar. Der General Sabatelli, welcher vor einiger Zeit über Gaeta und Triest nach Olmütz reiste und mit der Wiederherstellung der gesandtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs und Neapels beauftragt war, wird seine Reise bis in das russische Hof- oder Kriegslager ausdehnen, und an einer Tripel-Allianz Behufs der Wiedereroberung Siciliens und der Begünstigung russischer Fortschritte gegen das Adriatische Meer hinarbeiten. Die Verstimmung gegen die Palmerstonsche Politik ist bei den hiesigen Conservativen sehr groß; man erwartete eine vollständige Niederlage derselben und ist sehr zornig, daß diese nicht offenkundig erfolgte. — Pius IX. war bei Uebergabe seines Protests so tief ergriffen, daß er ein paar Diplomaten bis zu Thränen rührte. Er laß den Protest den den versammelten „heiligen Collegium" und den sämmtlichen Gesandten vor.

Palermo, den 21. Februar. Man sagt, daß der König durch die wie Pilze über Nacht um sein Gebiet entstehenden Republiken geängstigt, auf seine „lieben Unterthanen", und namentlich auf diejenigen der „allergetreuesten Hauptstadt" nach gemachten Erfahrungen nicht sehr bauend, den Englischen Gesandten Sir W. Temple gebeten habe, sich seiner anzunehmen und die Sicilianischen Angelegenheiten beizulegen, wie er es selbst am Besten machen möchte. Der Vermittelungsversuch dürfte auf dieser Seite jedoch scheitern, indem man nun einmal diesseits nichts, durchaus nichts vom König Ferdinand oder von den Seinigen mehr wissen noch hören will. Man ist bewaffnet, mit jedem Dampfboot kommen aus Frankreich und Oberitalien neue kampf- und beutelustige Krieger an, ebenso Waffen jeder Gattung, kleines und grobes Geschütz. Zwei in England gekaufte Dampfboote sind nun bezahlt und werden mit Sehnsucht erwartet. Das Volk scheut kein Opfer mehr, Alles wird hingegeben, wenn es nur von Ferdinand nichts mehr hören darf.

Amerika.

Newyork, den 4. Februar. Josef Gung'l ist vom Fest-Comité zur Inauguration des Präsidenten nach Washington berufen. Einem hier eingegangenen Privatschreiben entnehmen wir nachstehende interessante Mittheilungen über Californien. „Ein Goldfieber hat die Einwohnerschaft der vereinigten Staaten ergriffen und zu Tausenden reisen nach Californien. Für geprägte Silbermünzen oder auch Kupfermünzen geben die Eingeborenen dieser Provinz ganze Klumpen Goldes. So erzählt man, daß eine Unze Gold mit 50 C. (20 Sgr.) bezahlt wird. Die Reise dahin ist aber eine höchst gefährliche und langdauernde. Dampfboote gehen nur bis an die Landenge von Panama: dort werden die Reisenden zu Lande weiter befördert, und besteigen jenseits der Landenge andere bereitstehende Dampfboote. Im Ganzen dauert die Reise mit dem Dampfboote 30 bis 40 Tage: mit den Segelschiffen, weil diese um das Cap Horn gehen müssen, 6 bis 8 Monate. Mord und Todschlag ist aber in Californien an der Tagesordnung, indem es der Regierung bis jetzt unmöglich gewesen ist, Sicherheit und gesetzliche Ordnung alldort einzuführen. Ganze Kriegsschiffe liegen im Hafen von San Francisco, verwaist und unbemannt, denn Offiziere und Soldaten, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit dahin abgesendet wurden, sind davongelaufen, um Gold zu suchen. Die Habsucht, von welcher alle diese Menschen dahingezogen werden, ertödtet alle bessere menschlichen Gefühle und ist es gar nichts Seltenes, daß Leute, die schon große Schätze sich gesammelt haben, einen andern, des Goldes wegen ermorden. Man könnte die Reise auch zu Lande machen, wenn nicht Urwälder und ganz wilde Indianerstämme es unmöglich machten. In Boston habe ich einen Mann gesprochen, welcher kürzlich von dort zurückgekommen ist. Derselbe hatte sich aus Spekulation zwei Fässer Branntwein mitgenommen, und dieselben an die Goldsucher gläserweise ausgeschenkt. 18,000 Dollars (23,000 Preuß. Thaler) war der Erlös für diese zwei Fässer Branntwein.

New-York, den 7. Febr. Am 2. Febr. überreichte Hr. v. Rönne in Washington dem Präsidenten Polk das Schreiben des deutschen Reichsverwesers, das ihn als Gesandten der deutschen Central-Gewalt bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt. Die amtliche „Washington-Union" theilt Hrn. v. Rönne's Anrede an den Präsidenten und des letzteren Antwort mit. Diese lautet:

„Es macht mir viel Vergnügen, Sie, Herr, als den ersten Gesandten und Minister des deutschen Reiches, der bei den Vereinigten Staaten accreditirt worden ist, anzuerkennen. Die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten haben ein tiefes und reges Interesse an den großen Ereignissen genommen, welche im vergangenen Jahre in Deutschland vorgefallen sind; und während sie ihrem alten Grundsatze, sich nicht in die eigenen Verhältnisse fremder Nationen zu mischen, stets treu bleiben werden, sind alle Sympathieen dahin gerichtet, die Bestrebungen Deutschlands, gesetzliche Freiheit und Einigkeit in einer Regierung Vereinigter Staaten zu erringen, mit Erfolg gekrönt zu sehen. Dies Gefühl der Sympathie war bei einem Volke natürlich, welches selbst die größte Freiheit unter einem Bunde souverainer Staaten, wie ihn Ihre Landsleute bilden wollen, genießt, und welches unter den besten seiner eingebornen und Adoptiv-Bürger viele von deutscher Abstammung zählt. Die erste Gelegenheit nach der Bildung der deutschen Centralgewalt wurde von unserer Regierung wahrgenommen, um einen Gesandten nach Frankfurt zu senden. Die freundliche Weise, in welcher er aufgenommen wurde, gibt uns die beste Garantie der freundschaftlichen und gütigen Gesinnungen, welche unsererseits, das kann ich Sie versichern, aufs herzlichste erwiedert werden. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, die freundschaftlichen Verbindungen, welche so schön zwischen beiden Ländern bestehen, noch mehr zu befestigen, und den Handel, der sie verbindet und für jeden Theil vortheilhaft sein muß, zu wahren und noch weiter auszubreiten. Ihr, von Ihnen erwähnter, früherer Aufenthalt in diesem Lande, als Gesandter Sr. Majestät des Königs von Preußen, hat Ihnen nicht allein bei der Regierung, sondern auch bei den Bürgern dieser Hauptstadt einen günstigen Ruf erworben, und ich hoffe, daß Ihnen Ihr hiesiger Aufenthalt in Ihrer diplomatischen Stellung angenehm sein wird."

Kammer-Verhandlungen.

Vierte Sitzung der Ersten Kammer vom 8. März.
Präsident: v. Auerswald.
Anfang bald nach 10 Uhr.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und ohne Erinnerung angenommen. Der Präsident zeigt den Eintritt folgender Abgeordneten an: Dieterici, Goltdammer, v. Daniels, Grein, Knoblauch und Hesse. Zwei Mitglieder, der Regierungsrath Merkel und Land- und Stadtgerichtsrath Müchel (Posen), haben die auf sie gefallenen Wahlen abgelehnt. Polizei-Direktor Braun (Köslin) bittet um unbestimmten Urlaub, um in der Paulskirche anwesend zu sein, damit es gelinge, die Versuche einer der Einheit feindlichen „Reaktion" vereiteln zu helfen. Die Versammlung geht nach diesen einleitenden Mittheilungen zur Tagesordnung über, d. h. zunächst zur weiteren Prüfung der Wahlprotokolle. Die Wahlen werden sämmtlich ohne Widerspruch für gültig anerkannt. — Auf der Tagesordnung steht ferner folgender Antrag des Abgeordneten Schleinitz und Genossen:

Die Hohe Kammer wolle beschließen:
daß die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 den Abtheilungen zur Vorberathung über die vorbehaltene Revision überwiesen werde.

Motive.

Da die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 als rechtsgültig anerkannt werden muß, und daher nicht anzunehmen ist, daß die Staats-Regierung über die darin vorbehaltene Revision der Hohen Kammer besondere Vorlagen wird zugehen lassen, da es aber von hoher Wichtigkeit erscheint, daß durch die Erledigung der vorbehaltenen Revision das Verfassungswerk zum Segen des theuren Vaterlandes seine endliche Vollendung erhalte, so erscheint der vorstehende Antrag gerechtfertigt.

v. Schleinitz. Triest. Schroeder. Beer. Wittgenstein.
v. Frantzius. Guradze. Cottenet. Nitzsch.

Abgeordneter Schleinitz: Die Verfassungsurkunde, welche uns hierherberufen, welche im ganzen Volke mit Jubel empfangen worden, bildet die Grundlage unseres künftigen Staatslebens. Mögen wir sobald als möglich unsere hohe Aufgabe erfüllen, sie zu vollenden, damit wir unser schönes Vaterland den Segnungen eines festen gesetzlichen Zustandes und dem Frieden übergeben, den es von uns erwartet. Freilich ist die zweite Kammer noch nicht so weit. Wir sind aber wie sie die Vertreter der ganzen Nation, wie sie, aus freier Wahl hervorgegangen. Stellt sich zwischen uns ein edler Wetteifer heraus, so kann dies nur unserm Lande zum Segen gereichen. Meine Herren, ich fordere Sie auf, mit Muth und Freude an das Werk zu gehn, dessen Vollendung in Ihre Hand gegeben ist. Ich bitte, daß Sie meinen Antrag in nähere Erwägung nehmen mögen.

Präsident: Ich frage, ob der Antrag Unterstützung findet?

Fast die ganze Versammlung erhebt sich und da sich Niemand zum Wort meldet, wird die Frage gestellt, ob der Antrag zu einer weiteren Berathung in die Abtheilungen verwiesen werden soll.

Die Frage des Präsidenten wird hierauf fast einstimmig bejaht.

Minister Rintelen: Durch das Reichsgesetz vom 27. November v. J. ist für Deutschland eine gemeinsame Wechselordnung erlassen worden. Die Regierung hat keinen Anstand genommen, diese Wechselordnung anzunehmen, konnte jedoch nicht umhin, einige abändernde Bestimmungen hinzuzusetzen. Auf Grund des Art. 105. ist deshalb eine vorläufige Verordnung erlassen, die ich hiermit der hohen Kammer vorlege. Eben so lege ich Ihnen eine Verordnung, betreffend die Aufhebung der bäuerlichen Erbfolge in Westphalen, vor.

Auf der Tagesordnung folgt ferner ein dringender Antrag von Leue und Milde.

Die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848, §. 105. bestimmt:
Wenn die Kammern nicht versammelt sind, könnn in dringenden Fällen Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

In Folge dieser Bestimmung sind zwei Verordnungen publizirt:
1) vom 2. Januar d. J. über die Aufhebung der Privat-Gerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, so wie über die anderweitige Organisation der Gerichte.
2) vom 3. Januar d. J. über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen.

Beide Verordnungen sollen mit dem 1. April in Kraft treten und der Justiz-Minister ist mit der Ausführung dieser neuen Einrichtung beauftragt. Erst heute sind sie als Gesetzes-Vorlagen der Staatsregierung der Ersten Kammer übergeben und mit der Ausführung der neuen Organisation wird ohne Unterbrechung fortgefahren.

Unter den dringenden Fällen des §. 105., welche den ungesäumten Erlaß einer provisorischen Verordnung erfordern, können aber nicht solche organische Gesetze verstanden werden, welche eine völlige Umgestaltung des ganzen bisherigen Gerichtswesens bewirken und neue Formen für das Staatsleben erschaffen. Noch weniger scheint es mit dem gegenwärtigen Staatsrecht des Königreichs und den Rechten der Kammern vereinbar, daß solche provisorische Verordnungen vor deren Eröffnung erlassen und während ihrer Sitzungen unter ihren Augen ausgeführt werden.

Dazu kommt, daß beide Verordnungen in sich mangelhaft und sehr weit davon entfernt sind, ihren Zweck zu erfüllen, das Recht und die bürgerliche Freiheit zu sichern. Bei der voraussichtlich kurzen Dauer ihrer Gültigkeit werden die Gerichte und die Gerichts-Eingesessenen aus einem alten und gewohnten, wenn auch sehr unvollkommenen Zustande in ein Provisorium versetzt, dessen Ungewißheit immer etwas Peinliches für alle Theile an sich hat, und die Kosten der jetzt ausgeführten Einrichtungen sind vergeblich aufgewendet. Besser ist es, daß der alte und gewohnte Zustand noch einige Zeit erhalten werde und an dessen Stelle die neue Organisation auf einmal tritt, deren ungewohnte Formen Jeder gern annehmen wird, wenn er weiß, daß es nur ein einziger Uebergang ist.

Aus diesen Gründen stellen die Unterzeichneten den Antrag:
Die Hohe Kammer wolle die Bitte an Se. Majestät den König beschließen, den Justiz-Minister anzuweisen, mit Ausführung der beiden Verordnungen vom 2. und 3. Januar d. J. einholen.

Abgeordneter Leue: Von den vielen materiellen Mängeln des Gesetzes hebe ich nur zwei hervor: die Einrichtung der Civilgerichte und die Geschwornengerichte. Die Erfahrung lehrt: je kleiner die Gerichte, desto schlechter die Justiz. Das lehrt Frankreich, und man kann auch das Andenken des seligen Kanzlers Beyme nicht besser ehren, als durch Einrichtung großer Gerichte. Führt man kleine Kreisgerichte ein von 6 bis 7 Mitgliedern, so versauern und verbauern die Richter. Die schwierigsten Rechtssachen, die Streitigkeiten zwischen Gutsbesitzern und Pächtern will man aber solchen Richtern anvertrauen. Sobald der Prozeß ein Kunstwerk wird, erfordert er ein großes Gericht. Für kleine Sachen dienen die Friedensrichter. — Was ferner die Geschwornengerichte betrifft, so muß man diese so unabhängig und frei hinstellen, daß kein Mißtrauen gegen sie aufkommen kann. Durch jene Verordnung ist aber ein solcher Schein der Parteilichkeit möglich gemacht, daß die ungerechtesten Urtheile zu Stande kommen werden.

Der Antrag wird zahlreich unterstützt.

Abgeordneter Forkenbeck. Wir müssen Maßregeln treffen, daß die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit baldigst in das Leben trete. Mein Wunsch wäre es, die Verbesserung der Verordnungen und ihre praktische Ausführung zu vereinigen. Deshalb scheint mir eine Vertagung des Antrages zweckmäßig.

Es wird hierauf folgender Unter-Antrag zu dem Antrag von Leue und Milde verlesen:

Die Hohe Kammer wolle beschließen:

Bei der Dringlichkeit der die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes ins Leben führenden Maßregeln eine Kommission von 15 Mitgliedern, aus allen Abtheilungen gebildet, zu ernennen, um der Hohen Kammer schleunig Bericht darüber zu erstatten, auf welche Weise, unerachtet jener Suspension, die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes in möglichst kürzester Zeit ausgeführt werden könne und um den diesfalls an die Staatsregierung zu stellenden Antrag vorzubereiten.

Kuh. K. Graf Dyhrn. Goebel.

Justizminister Rintelen. Eine Veränderung in unseren Gerichten war erforderlich und diese Veränderung, das nennt man eine Organisation (Heiterkeit), ist Gegenstand besonderer Sorgfalt des Staatsministeriums gewesen. Außerdem hat sich eine Bewegung im Lande gezeigt unter den kleineren Städten. Für diese Ortschaften würde es außerordentlich hart sein, wenn man ihnen die Gerichte, welche die Quelle ihres Wohlstandes sind, entzöge. Uebrigens hat sich kein Oberlandesgericht erklärt, daß es mit den Verordnungen nicht einverstanden sei, während viele Deputationen ihre größte Zufriedenheit erklärten. Die Oberlandesgerichte sind auch bereits mit der Ausführung so weit vorgeschritten, daß am 1. April die Verordnungen in Kraft treten können. Ich bin veranlaßt, noch etwas zu sagen, was das Geschwornengericht betrifft. Hierbei ist das Verfahren zu Grunde gelegt, welches seit 1846 in Berlin befolgt wird und welches sich im Wesentlichen bewährt hat. Ich gebe zu, daß Verbesserungen möglich sind. Das bleibt aber der späteren Debatte überlassen. Eine Aussetzung wäre nicht rathsam. Die Patrimonialrichter haben überall ihr Ansehen verloren und es ist zu wünschen, daß recht bald der Anklageprozeß mit Staatsanwaltschaft eingeführt werde.

Der Unter-Antrag von Kuh und Genossen wird zahlreich unterstützt, eben so ein Zusatz-Antrag von Daniels: nach „eximirten Gerichtsstandes" zu setzen „so wie die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Strafsachen."

Der Antrag auf Schluß wird hierauf genehmigt und ebenso der Hauptantrag, zur weiteren Erwägung der Abtheilung überwiesen.

Präsident: Im Laufe der Sitzung ist mir eine Mittheilung des Staats-Ministeriums zugegangen. Ich bitte den Schriftführer, dieselbe zu verlesen.

(Geschieht. Die Mittheilung betrifft die der zweiten Kammer vorgelegte Denkschrift in Ansehung des Belagerungszustandes.)

Schluß der Sitzung 12½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Das Kaiserlied.

Die satyrische Reimchronik des Pfaffen Mauritius, von der soeben in Frankfurt das zweite Heft erschienen, enthält das nachfolgende Kaiserlied:

Der Kaiser soll nicht erblich sein,
Der Kaiser soll nicht sterblich sein,
Und auch nicht lebensdauerlich,
Und gar sechsjährig — schauerlich!
Der Kaiser soll nicht wählbar sein
Und nicht vom Volkshaus quälbar sein,
Der Kaiser soll nicht unendlich sein
Und auch nicht präsidentlich sein —
Was soll er sein, was soll er sein?
O Gott vom Himmel sieh darein!

Der Kaiser soll kein Märker sein,
Er soll auch kein Berserker sein;
Er soll, als Andre, nicht stärker sein.
Er soll kein halber Slave sein,
Der Kaiser soll kein Baier sein,
Er soll kein geflickter Dreier sein.
Der Kaiser soll kein Sklave sein,
Der Kaiser soll kein Freier sein:
Was soll er sein, was soll er sein?
O Gott vom Himmel sieh darein!

Er soll ein Kaiser auf Miethe sein,
Er soll eine bloße Mythe sein,
Das wird von besonderer Güte sein
Ein Kaiser der Verständigung,
Ein Kaiser beliebiger Endigung,
Und ohne Prinzipsversündigung,
Ein Voigtischer Kaiser auf Kündigung —
Das soll er sein, das soll er sein!
Ein Kaiser auf Kündigung soll er sein!

Locales.

* Zirke, den 5 März. Am 26. v. M. ertranken in der Warthe sieben Menschen. Es war an diesem Tage Canton-Revision hierselbst, zu welcher sich zehn junge Leute, Glasmacher aus der Hütte zu Marianowo, stellen mußten. Bei der Nachhausefahrt, die sie des sehr großen Wassers wegen nur zu Kahne bewerkstelligen konnten, bestiegen, trotz der an sie ergangenen Warnung, daß der Kahn zu klein sei, neun derselben (einer blieb zurück) das unsichere Fahrzeug und fuhren ab. In der Mitte des Flusses schlug der Kahn um. Einer schwamm glücklich an das Ufer, kam aber so ermattet an, daß er die Stange, die man ihm reichte, mit den Händen nicht erfassen konnte, sondern in seiner Todesangst sie mit den Zähnen faßte, und so herausgezogen wurde. Ein anderer klammerte sich an den Kahn an und wurde so bis an die Brok'sche Ziegelei getrieben, wo man dem fast Erstarrten mit einem andern Kahne zu Hülfe kam und ihn ans Land brachte. Von den 7 Ertrunkenen sind bis jetzt erst zwei aufgefunden. Gestern war ich in der Kirche; es war ein herzzerreißender Anblick, die Hinterbliebenen der Ertrunkenen, die sich alle dort eingefunden hatten, in ihrem Schmerze jammern und klagen zu hören; kein Auge blieb trocken. Eine alte Wittwe hat ihre beiden Zwillingssöhne verloren, fünf mutterlose Waisen ihren Ernährer, ihren Vater, eine Braut ihren Verlobten, eine Frau ihren Mann, mit dem sie noch nicht lange verheirathet war.

§§ Meseritz, den 7. März. Heute fand die Nachwahl für den Wahlbezirk Meseritz, Birnbaum, Bomst und den Distrikt Neutomyšl, und zwar für beide Kammern Statt. — Für die zweite Kammer kamen in die engere Wahl: der Geh. Obertribunalrath Höppe aus Berlin, Probst Pawelke aus Schwerin, Müllermeister Gladycz aus Althöfchen, Bürger Braunak aus Tirschtiegel, Direktor Reimann aus Wollstein, Doktor Wilh. Jordan. Höppe wurde mit 253 Stimmen gewählt; (Gladycz hatte 128 Stimmen erhalten.) Zur ersten Kammer vereinigten sich alle Stimmen auf den Stadtrath Sägert in Berlin. Die Wahl ging ganz ruhig vor sich; keine Partei ließ ein anständiges und würdevolles Benehmen vermissen.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 11. März c. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vorm.: Hr. Mil.-Oberpred. Niese. — Nachm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Divis.-Prediger Simon.
Christkathol. Gemeinde. Vor- und Nm.: Herr Pred. Post. — Vorm.: Abendmahl.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 2. bis 9. März 1849:
Geboren: 7 männl., 3 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 17 männl., 2 weibl. Geschl.
Getraut: 4 Paar.

Marktberichte. Posen, den 7. März

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß)

Weizen 1 Rthlr 25 Sgr. 7 Pf. bis 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf. Roggen 25 Sgr. 7 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 20 Sgr. bis 1 Rtlr. 25 Sgr.

Posen, den 9. März. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12½—12⅓ Rthlr.

Berlin, den 8. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rthlr. Roggen loco 25—26½ Rthlr., p. Frühjahr 82pfünd. 24 Rtlr. Br., 23¾ verk. Mai/Juni 25 Rtlr. Br., 24½ G. Juni/Juli 26 Rthlr. Br., 26½ G. Juli/August 26½ Rthlr. Br., 26 G. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 13¾ Rthlr. Br. Rüböl loco $13\frac{7}{12}$ Rtlr. Br., 13½ bez. pr. März dto. März/April 13½ Rthlr. bez. u. Br., $13\frac{5}{12}$ G. April/Mai 13½ Rthlr. Br., $13\frac{5}{12}$ G. Mai/Juni $13\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., 13⅓ G. Juni/Juli dto. Juli/August 13¼ Rtlr. bez. u. Br., 13⅙ G. August/Septb. $13\frac{1}{12}$ Rthlr. Br., 13 bez. u. G. Sept./Oktober 12¾ Rthlr. bez u Br., 12⅔ G. Leinöl loco 11 Rthlr. Br., Lief. pr. April/Mai 10½ Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 15 Rthlr. verk. u. Br., pr. März dto. April/Mai 15⅛ Rthlr. Br., $\frac{1}{12}$ bez., 15 G. Mai/Juni 15½ Rtlr. bez. u. Br. Juni/Juli 16¼ Rthlr. Br., 16 bez. u. G.

Berliner Börse.

Den 7. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	101
Staats-Schuldscheine	3½	80⅛	79¾
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	98¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¼	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	86¼	85¾
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	81½	81
Ostpreussische "	3½	—	90½
Pommersche "	3½	—	91¾
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	92½
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88	87
Friedrichsd'or	—	$13\frac{1}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12¾	12¼
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	74¼	—
" Prioritäts-	4	98½	—
Berlin-Hamburger	4	—	50¼
" Prioritäts-	4½	97	91½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	55	—
" " Prior. A. B.	4	—	83½
" " "	5	—	95½
Berlin-Stettiner	4	87	86½
Cöln-Mindener	3½	—	78
" Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	108½
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
" Prioritäts-	4	—	85½
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	94	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	92¼	91½
" " B.	3½	92¼	91½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	49½
Stargard-Posener	3½	70½	70¼

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.